

**Die Berufsintegrationskommission Weinheim hat als Konsequenz aus ihrer nunmehr 3-jährigen Arbeit sowie nach Diskussion des 2. Berufsintegrationsberichts von Dezember 2007 einstimmig beschlossen:**

Die Mitglieder der Berufsintegrationskommission unterstützen die Bewerbung der Stadt Weinheim im Förderprogramm *Perspektive Berufsabschluss: Regionales Übergangsmanagement* des BMBF nachdrücklich.

Die Entwicklungsarbeit für ein gut koordiniertes regionales Unterstützungssystem am Berufsstart ist in Weinheim seit 2005 ein großes Stück vorangekommen. Jetzt müssen die Anstrengungen jedoch in eine **neue Phase** eintreten: nur mit verbesserten Steuerungsstrukturen, mit mehr Koordinierungsressourcen und einem starken Commitment aller Akteure auf gemeinsame Leitlinien, Ziele und Strategien kann der notwendige **Qualitätssprung** im Übergangsmanagement erreicht werden.

Den Qualitätssprung, den wir erreichen wollen, erkennen wir an der Bereitschaft aller handelnden Akteure zu **gemeinsamer Wahrnehmung von Steuerungsverantwortung**, dazu gehören insbesondere:

- eine Einigung auf verbindliche Handlungsprioritäten und -strategien
- eine hohe Verbindlichkeit bei der Erfüllung der jeweils übernommenen Aufgaben
- die datengestützte Überprüfung der Wirksamkeit von Handlungsstrategien
- die gemeinsame Erarbeitung verlässlicher Qualitätsstandards
- die Verständigung auf ein gemeinsames ressourcenorientiertes Leitbild
- der politische Wille zur Verstetigung der kommunalen Koordinierung über die Projektlaufzeit hinaus.

Da wir als bürgerschaftliche und institutionelle Akteure freiwillig zusammenarbeiten und gegenseitig nicht weisungsbefugt sind, kann eine **Strategie der zunehmenden Verbindlichkeit** von Kooperation und Koordinierung sowie eine nachhaltige Qualitätsentwicklung im Übergangssystem nur als **gemeinsamer Aushandlungs- und Entscheidungsprozess** gelingen. An diesem werden wir uns aktiv beteiligen.

Zur Unterstützung dieses Vorhabens benötigen wird jedoch **verbesserte Arbeitsstrukturen und mehr Ressourcen** für die Entwicklung und die Steuerung eines regionalen Übergangsmanagements.

*Geplante Arbeitsschritte zur Umsetzung dieser Ziele*

**Strukturinnovationen** werden umgesetzt, indem

- die Stadt Weinheim ihre Anstrengungen für einen gelingenden Übergang benachteiligter Jugendlicher von der Schule in den Beruf durch den Aufbau einer **kommunalen Koordinierungsstelle Regionales Übergangsmanagement** bekräftigt und intensiviert.

Dies zeigt, dass die Entwicklung des regionalen Übergangsmanagements und der damit verbundenen Leitlinien mit einer **hohen politischen Priorität** versehen werden

- die **strategische Gesamtsteuerung** und die **operative Steuerung** einzelner Entwicklungsaufgaben organisatorisch getrennt, aber kooperativ aufeinander bezogen werden; beide Steuerungsebenen werden mit angemessenen Ressourcen versehen
- die lediglich beratende Berufsintegrationskommission durch einen **Lenkungskreis** regionales Übergangsmanagement **als institutionalisierter Arbeitsstruktur** für Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse und als Gremium mit **gemeinsamer Steuerverantwortung** abgelöst wird
- **bisher wenig einbezogene Akteure** des regionalen Übergangsmanagements, vor allem Organisationen der Wirtschaft und die Agentur für Arbeit, mobilisiert und in die Strukturen des regionalen Übergangsmanagements **integriert werden**
- **bürgerschaftliche Akteure** in die neuen Arbeitsstrukturen **als Promotoren** einer effektiv handelnden lebendigen Verantwortungsgemeinschaft sowie zur Mobilisierung zivilgesellschaftlicher Ressourcen nachhaltig einbezogen werden.

**Prozessinnovationen** werden umgesetzt, indem

- Entwicklungsziele und Qualitätsstandards auf Basis **gemeinsamer pädagogischer Leitlinien** zur Förderung und beruflichen Integration chancenarmer Jugendlicher sowie einer individualisierten und ressourcenorientierten Lern- und Berufswegeplanung erarbeitet werden. Ziel ist eine konsistente **lokale Bildungs- und Integrationskultur**
- die beteiligten Akteure sich auf Anstrengungen zur Qualitätsverbesserung in ihrem Zuständigkeitsbereich verpflichten und diese mittels **Zielvereinbarungen** bekräftigen. Ziel ist die Entwicklung von **Strategien der zunehmenden Verbindlichkeit** von Kooperation und Koordinierung
- im Rahmen eines **zyklischen Steuerungsmodells** eine kontinuierliche Weiterentwicklung und Überprüfung des regionalen Übergangsmanagements erfolgt; dessen Phasen bestehen aus: Verständigung über Ziele und Standards, Selbstverpflichtung der Akteure und arbeitsteilige Umsetzung, Wirksamkeitsüberprüfung und darauf basierender Weiterentwicklung
- als Kernelement der neuen Steuerung eine **kooperative datengestützte Wirksamkeitsüberprüfung** als Abgleich von gemeinsam entwickelten Zielen und Qualitätsstandards mit erreichten Ergebnissen entwickelt und etabliert wird
- empirische Analysen zur **vertieften Aufklärung von Problemlagen** am Übergang Schule-Beruf sowie zum verbesserten Verständnis von Entwicklungsnotwendigkeiten in Teilbereichen des Übergangsgeschehens beitragen

**Ressourcen, Arbeitsstrukturen und -prozesse innerhalb der Stadtverwaltung** in Hinblick auf das Projektziel mobilisiert und entwickelt werden („innere Entwicklung“); dies betrifft Fragen der Entwicklung und Vernetzung der Schulverwaltung (aktive Schulträgerschaft), der Jugendhilfe, der Sozialraumplanung, der regionalen Wirtschaftsförderung, des Stadtmarketings sowie der Personalpolitik

- zusätzliche Aktivitäten der **Presse- und Öffentlichkeitsarbeit** - unterstützt vom Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beim Oberbürgermeister - für eine verbesserte Kommunikation und Wahrnehmung des Projekts sorgen.
- durch das Förderprogramm in einem **Netzwerk ambitionierter Akteure** des regionalen Übergangsmanagements das **Voneinanderlernen** und der Transfer von lokalem gesichertem Wissen gefördert wird

**Zielinnovationen** werden zum Beispiel umgesetzt, indem

- ein deutlich größerer Anteil der Hauptschul-Absolventinnen und Absolventen die Schule mit einer **realistischen und zielorientierten Berufswegeplanung** verlässt; unsere besondere Aufmerksamkeit gilt hier Jugendlichen mit Migrationshintergrund
- alle Akteure der Berufsvorbereitung die Jugendlichen dabei unterstützen, ihre **Stärken, Talente und Ressourcen zu erkennen**, für die Berufswegeplanung **eigenaktiv** zu nutzen und – wo nötig – angebotene Hilfen anzunehmen
- Schulen, Jugendhilfe, Ehrenamt und Betriebe eng zusammenarbeiten, um **Berufsvorbereitung praktischer und arbeitsweltnäher** zu machen; u.a. soll die Lust auf Arbeit und Beruf gefördert und die Qualität schulischer Betriebspraktika verbessert werden
- das Interesse an **wenig bekannten und geschlechtsuntypischen Berufsausbildungen** gezielt gefördert wird. Berufswegeplanung jenseits des mainstreams soll denkbar werden; das hilft nicht zuletzt der Wirtschaft, ihren Fachkräftebedarf mittelfristig zu decken
- Betriebe mit Unterstützung von Jugendhilfe, Kammern und Arbeitsagentur zusätzliche **betriebliche Praktikums- und Ausbildungsplätze** für chancenarme Jugendliche schaffen und
- solche betrieblichen Praktikums- bzw. Ausbildungsverhältnisse durch eine **individuelle Unterstützung und Begleitung der Jugendlichen und der Betriebe** stabilisiert werden.

**Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Kommissionssitzung:**

Heiner Bernhard, Oberbürgermeister der Stadt Weinheim

Heinrich Amann, Amtleiter Amt für Jugend und Soziales

Carmen Harmand, Amtsleiterin Amt für Schulen, Sport und Bäder

Margarete Ruoff, Schulleiterin der Helen-Keller-Schule (Berufliche Schule)

Volker Schneider, Schulleiter Karrillon-Schule (Hauptschule mit Werkrealschule)

Dr. Heinrich Hornef, Sprecher Weinheimer Unterstützerkreis Berufsstart (Ehrenamtsinitiative)

Dr. Ditmar Flothmann, GF der Freudenberg Service KG

Dr. Pia Gerber, stellv. GF Freudenberg-Stiftung gGmbH

Hamide Öztürk und Capar Cengie, Türkischer Elternverein

Jürgen Holzwarth, GF Stadtjugendring Weinheim

Dr. Susanne Felger, GF Regionale Jugendagentur Badische Bergstraße – Job Central

S. Picht, Diakonisches Werk

Ulrike Herrmann, GF Caritasverband

Prof. Dr. Wolfgang Rost, Fachhochschule der Bundesanstalt für Arbeit

Dr. Wilfried Kruse, Sozialforschungsstelle Dortmund